

Siegener Zeitung

Überparteiliches, amtliches Kreisblatt für Siegen-Wittgenstein, Altenkirchen



AUSGABE WITTGENSTEIN

Nr. 241 | 199. Jahrgang | G 6295

Freitag, 15. Oktober 2021

Einzelpreis: Mo.-Fr. 2,10 € | Sa. 2,50 €

LOKALES

Sauna brennt aus



Nach dem schlimmen Feuer im Aqua Olsberg rückt der Brandschutz auch in anderen Bädern wieder in den Fokus – zum Beispiel in Bad Berleburg. Seite 4

Feudinger kämpfen

Die Anwohner des künftigen Zentralen Busbahnhofs wollen die jetzt von Rat und Verwaltung favorisierte Lösung noch nicht schlucken. Seite 7

WIRTSCHAFT

DAX	Dow Jones
15462,72	34 912,56
(+ 213,34)	(+ 534,75)

Brettspiele boomen

Publikumsmesse „Spiel'21“ öffnet in Essen ihre Pforten. Seite 18

ZEITGESCHEHEN

Fluchtwege versperrt

Bei einem Brand in einem Hochhaus in der südtaiwanischen Hafenstadt Kaohsiung sind mindestens 46 Menschen ums Leben gekommen. Seite 26

SPORT

Hernández droht Haft

Fußballer des FC Bayern muss am 19. Oktober vor Strafgericht in Madrid erscheinen, Hintergrund ist ein handgreiflicher Streit von 2017. Seite 22

KULTUR/MEDIEN

Musik liegt in der Luft



Richtfest im künftigen Haus der Musik: Die Philharmonie freut sich auf ihr neues Domizil im Herzen von Siegen. / Die neue Folge der ARD-Reihe „Toni, männlich, Hebamme“ dreht sich ums Thema Abtreibung. Seiten 29/27

WETTER

Ungemütlich

Wegen dichter Wolken hat die Sonne heute wenig Chancen, gelegentlich regnet es. Seite 2



LESERSERVICE

Leserservice:
☎ 02 71 / 59 40-8 • Fax: -3 09
Leserservice@Siegener-Zeitung.de
Lieferreklamation:
☎ 02 71 / 59 40-4 01
Anzeigen:
☎ 02 71 / 59 40-7 • Fax: -3 18 oder -3 84
Anzeigen@Siegener-Zeitung.de
Redaktion:
☎ 02 71 / 59 40-2 37 • Fax: -2 39
Redaktion@Siegener-Zeitung.de

Mitglied im RedaktionsNetzwerk Deutschland RND#



(Un)sichtbare Hindernisse

Zahlreiche Elemente, die Sehbehinderten als Hilfe dienen sollen, sind in Siegen so eingebaut, dass die Zielgruppe damit trotzdem ein Problem hat.

Foto: rt

Seite 3

Wie geht es weiter mit der Ampel?

BERLIN Sondierungen von SPD, Grünen und FDP treten heute in die entscheidende Phase

Vertreter der drei Parteien feilen an finalen Details für eine gemeinsame Bestandsaufnahme.

afp/dpa ■ Vor dem möglicherweise entscheidenden Tag der Sondierungen über eine Ampel-Koalition haben SPD, Grüne und FDP gestern erneut im kleinen Kreis über ein gemeinsames Beschlusspapier beraten. Federführend waren dabei erneut die Generalsekretäre Lars Klingbeil (SPD) und Volker Wissing (FDP) sowie Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner. Von heute an wird dann wieder in größerer Runde verhandelt, um eine Entscheidung über mögliche Koalitionsverhandlungen vorzubereiten.

„Morgen sprechen wir mit Grünen und FDP über ein Bilanzpapier unserer Sondierungen. Es wird die Entscheidungsgrundlage für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen sein“, erklärte gestern der SPD-Parteivorstand. Sollte eine Einigung zustande kommen, würde das gemeinsame Papier dann jeweils von den Parteigremien bewertet beziehungsweise im Fall der Grünen von einem kleinen Parteitag, der am Sonntag stattfinden dürfte. Während aus den Parteizentralen vor der neuen Ver-

handlungsrunde sonst keine Stellungnahmen verbreitet wurden, meldeten sich erneut mehrere Verbände mit Anliegen zu Wort, die im Programm einer Ampel-Koalition berücksichtigt werden sollten. So drängten die großen Umweltverbände SPD, Grüne und FDP in einem gemeinsamen Papier, die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad zur Richtschnur ihrer Politik zu machen. Dafür müssten die Emissionen bis 2030 um 70 Prozent statt wie derzeit vorgesehen um 65 Prozent verringert werden.



Wenn die SPD kann, regiert sie mit Linksaußen.

CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak zu möglichen Koalitionen in Berlin und Schwerin

Beteiligt an dem Aufruf waren unter anderem BUND, Campact, Deutsche Umwelthilfe, Germanwatch, Greenpeace, Nabu, WWF und der Dachverband Deutscher Naturschutzring. Der WWF drängte auch darauf, ein Tempolimit für

Autobahnen von 120 Stundenkilometern zu vereinbaren.

Auf „eine Strategie für den zügigen Übergang zu Klimaneutralität bei gleichzeitigem Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit“ drängten auch der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) und 14 weitere Beiräte in einem gemeinsamen Offenen Brief an die Ampel-Parteispitzen.

Der katholische Caritasverband sorgt sich um Arme und Bedürftige. Er habe die Sorge, dass etwa Menschen mit geringem Einkommen oder Problemen auf dem Arbeitsmarkt, Pflegebedürftige und Pflegeeltern sowie Menschen auf der Flucht bei der Suche nach Kompromissen zu kurz kommen oder ganz vergessen werden, sagte der scheidende Präsident Peter Neher gestern in Freiburg.

Indessen äußerte die CDU gestern ganz andere Bedenken. Sie kritisierte die SPD scharf für ihren Kurs in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zur Bildung möglicher Regierungen unter Beteiligung der Linkspartei. „Ob Bremen, Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin: Wenn die SPD kann, regiert sie mit Linksaußen“, so CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak. Kanzlerkandidat Olaf Scholz sei das „bürgerliche Feigenblatt einer im Kern linken SPD.“ Ihm fehle die Fantasie, wie die FDP „in einer linken Ampel“ ihr Gesicht wahren wolle.

Deutschland fehlen künftig Arbeitskräfte

IW-Studie: Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung deutlich über dem EU-Schnitt

afp Köln. Viele Menschen werden nach dem Renteneintritt in Zukunft nicht mehr durch jüngere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt ersetzt werden können: Im Jahr 2030 werde die Zahl der 20- bis 64-jährigen Menschen in Deutschland rund elf Prozent niedriger sein als 2020, wenn keine Migration stattfindet, heißt es in einer Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Im EU-Schnitt beträgt der Rückgang nur knapp sieben Prozent.

Zwar sei ein Jahrzehnt ohne Migration nicht realistisch, erklärte das IW gestern. Die Rechnung zeige jedoch auf, wie schlecht es um den deutschen Arbeitsmarkt auch im europäischen Vergleich bestellt sei. Lediglich Litauen weise einen noch schlechteren Wert auf. Für die Studie werteten die Forscher Zahlen der

europäischen Statistikbehörde Eurostat aus dem Jahr 2019 aus.

Besonders deutlich wird die Problematik bei einem Vergleich der Anzahl künftiger Rentner und des künftigen Nachwuchses: So kamen Anfang 2020 auf 100 Bundesbürger im Alter zwischen 60 und 64 Jahren 82 Menschen im Alter zwischen 20 und 24 Jahren. Auf 100 Menschen der jüngeren Generation im Alter von 55 bis 59 Jahren es nur noch 59 junge Menschen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren. Und auf 100 Menschen im Alter zwischen 50 und 54 Jahren kamen lediglich 56 Kinder und Jugendliche zwischen zehn und 14 Jahren.

Im europäischen Durchschnitt lagen diese Quotienten deutlich höher, nämlich bei 83, 74 und 72 Menschen. Während Irland am besten abschnitt – die Anzahl der jungen Menschen war dort sogar höher als

die der künftigen Rentner – zeigte sich insgesamt ein deutlicher Unterschied zwischen Südost- und Nordwesteuropa. Die Lage im Südosten stellte sich deutlich angespannter dar.

In Deutschland konnte die Überalterung des Arbeitsmarktes durch starke Zuwanderung bislang abgemildert werden, erläuterte das IW. In den Herkunftsländern der Menschen verschärfte sich aber im gleichen Maße das Problem.

„Auch wenn eine gemeinsame Fachkräftesicherungspolitik auf EU-Ebene kaum vorstellbar ist, so müssen die Mitgliedsländer ihren Umgang mit dieser einseitigen Ost-West-Wanderung miteinander abstimmen“, folgerte der IW-Experte Wido Geis-Thöne. Deutschland müsse bei der Gewinnung von Fachkräften aus Drittstaaten dennoch eigene Wege gehen.

Teufelskreis Hunger

Die westliche Welt ist gefordert

Der neue Bericht der Welthungerhilfe ist dramatisch. Rund 811 Millionen Menschen hungern. 41 Millionen stehen kurz vor einer Hungersnot. Die Ursachen für Nahrungsmittelknappheit sind vielfältig: Konflikte, Kriege, Klimawandel, Konjunkturbrüche und Corona. Betroffen sind vor allem Entwicklungsländer. Die westliche Wertegemeinschaft muss diese Krisen jetzt angehen, sonst wird die Lage weiter eskalieren – und früher oder später auch Europa erreichen.

Der Hunger ist bei all den aufgezählten Problemen nur das Symptom – aber ein deutlicher Hinweis darauf, dass etwas gewaltig schief läuft.

Die Klimakrise wird die Hungersnöte verschärfen. Schon jetzt bedrohen Dürren und steigende Wasserspiegel die Menschheit. Madagaskar etwa erlebt aktuell die schlimmste Dürreperiode seit 30 Jahren. Bauernfamilien nehmen Samen zu sich, statt sie anzubauen, an die Zukunft denkt dort keiner mehr.

Die westliche Welt muss die Krisengebiete umfassend unterstützen. Deutschland gilt als globaler „Big Player“ und könnte Vorbild sein. Die Bundesregierung muss unkompliziert und schnell helfen.

Ein Bündel von Maßnahmen ist nötig: Entwicklungsunterstützung und humanitäre Hilfe, die ruinierte Infrastruktur in den von Nahrungskrisen geplagten Regionen sollte schnellstmöglich aufgebaut und modernisiert werden. Zudem brauchen die Betroffenen Lebensmittel, Geldspenden und medizinische Versorgung.

Das ist aber nur die Symptombekämpfung. Zugleich müssen die Ursachen bekämpft werden, das Problem muss an der Wurzel angepackt werden. Dazu gehört vor allem die Erderhitzung. Schon im Pariser Klimaabkommen von 2015 haben sich die Vertragspartner dazu verpflichtet, die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen – und dann haben sich alle erst einmal Zeit gelassen.

Der diesjährige Bericht des Weltklimarats zeigt: Der Klimawandel verläuft rasanter als bisher angenommen. Die nächste Bundesregierung muss die Klimakrise zu einem ihrer Hauptthemen machen.

Seit Jahren mahnen Hilfsorganisationen, dass Fluchtbewegungen und Nahrungsmittelknappheit eng zusammengehören. Hunger ist nicht nur ein Fluchtgrund, sondern oftmals auch Auslöser von Konflikten. Diese führen wiederum zur Flucht – ein Teufelskreis.

Der Westen bleibt deshalb ein Sehnsuchtsort, viele Menschen werden sich dorthin auf den Weg machen, wenn sie nichts zu essen und zu trinken haben – wenn die Gefahr, zu verhungern oder zu verdursten, größer erscheint, als auf der Flucht davor zu sterben.

Verschließen die westliche Welt und Europa die Augen davor, wird die Krise größer – und früher oder später auch die Industrieländer erreichen. Deutschland gibt sich gerne als Moralinstanz, daraus folgt Verantwortung.

Alisha Mendgen

Steinmeier und Maas kondolieren Norwegen

dpa Berlin. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Außenminister Heiko Maas (SPD) haben den Hinterbliebenen der Terrorat in Norwegen ihr Beileid ausgedrückt. Steinmeier schrieb laut Mitteilung an den norwegischen König Harald V.: „Meine aufrichtige Anteilnahme gilt den Angehörigen und Freunden der Opfer. Ich hoffe inständig, dass die Verletzten schnell und vollständig genesen. Es betrübt mich, dass Norwegen zehn Jahre nach dem schrecklichen Terroranschlag in Utøya und Oslo erneut von Gewalt heimgesucht wird.“ Außenminister Maas zeigte sich schockiert.

► Seite 15